

KOLUMBIEN

# Dollars für den Drogenkrieg



Basis-Schwund: Durch ihr zum Teil brutales Vorgehen hat die Guerilla an Sympathien eingebüßt.

(Fotos: Version)

**Für die US-Regierung ist Kolumbien zum wichtigsten und zuverlässigsten Partner in der Region geworden. Grund genug, sich für den Erhalt der "ältesten Demokratie Lateinamerikas" zu engagieren.**

Betroffenheit verbindet. Kein Wunder also, dass sich der US-amerikanische Staatssekretär Marc Grossmann bestens mit dem kolumbianischen Präsidenten Alvaro Uribe versteht. Denn sowohl die Vereinigten Staaten als auch Kolumbien sind Opfer des Terrorismus, ließ Grossmann wissen, als er vor zwei Wochen dem Staatschef in der Hauptstadt Bogotá einen Besuch abstattete.

Der Grund der Reise: US-Amerikaner wurden in Kolumbien selbst Opfer des Terrorismus. Guerilleros der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens FARC entführten im Februar drei Insassen einer Cessna-Maschine, die im Süden des Landes abgestürzt war. Die Fluggäste, Angestellte eines für Spionage zuständigen US-Unternehmens, hatten sich auf einer Aufklärungsreise befunden. Die FARC erklärte die "CIA-Agenten" kurzerhand zu Kriegsgefangenen. Seither fehlt von den Gringos jede Spur.

## "Demokratische" Werte schützen

Eine alltägliche Episode im kolumbianischen Krieg. Dennoch verweist sie darauf, wie offen die Guerilla mit der US-amerikanischen Regierung auf Konfrontation geht. Seit dem 11. September 2001 ist

das kaum mehr verwunderlich. Wie kein anderes lateinamerikanisches Land ist Kolumbien ins Blickfeld Washingtoner Außenpolitiker geraten. Nach den New Yorker Anschlägen erklärte der Antiterrorismus-Koordinator Francis Taylor, auch kolumbianische Organisationen würden zum Ziel der weltweiten Kampagne gegen den Terror werden. Neben der FARC und dem Nationalen Befreiungsheer ELN zählte Taylor auch die rechtsgerichteten paramilitärischen Vereinigten Selbstverteidigungskräfte (AUC) zu diesen Feinden der USA.

Kurz darauf informierte die US-Botschafterin in Kolumbien Anne Patterson vor Ort über die neue Linie. Im Unterschied zu den Taliban hätten die kolumbianischen Organisationen zwar keine globale Reichweite, sagte die Diplomatin, doch jede der Gruppen "schwächt die Fundamente der ältesten Demokratie Lateinamerikas".

Von demokratischen Verhältnissen kann in dem Andenstaat kaum die Rede sein. Nach Angaben von Amnesty International (ai) haben vor allem "Sicherheitskräfte und paramilitärische Gruppen" Hinrichtungen oder Formen des "Verschwindenlassens" von Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten, Verteidigern, Bauern, Rechtsanwält-

ten, Indigenas sowie Journalisten zu verantworten.

Welche Fundamente der kolumbianischen Demokratie der US-Botschafterin Patterson am Herzen lagen, bleibt also ihr Geheimnis. Tatkräftig arbeiten US-Behörden aber seit Jahren mit jenen zusammen, die für die gewalttätigen Verhältnisse wesentlich verantwortlich sind: mit Paramilitärs, Drogenhändlern und korrupten Politikern. Im Jahr 2000 wurde bekannt, dass Mitarbeiter der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA engen Kontakt zu kolumbianischen Drogenhändlern und Paramilitärs hielten.

Dennoch stand die Bekämpfung des Kokainanbaus immer als erster Punkt auf der US-amerikanischen Agenda. Gemeinsam mit der Regierung in Bogotá entwarfen US-Sicherheitsexperten Ende der Neunzigerjahre den Plan Colombia. Immerhin 1,3 Milliarden Dollar genehmigte der US-Kongress für das Projekt, dessen angeblicher Zweck die Vernichtung von Kokafeldern ist. Über 80 Prozent des Geldes gingen an militärische und polizeiliche Einrichtungen. Im Mittelpunkt stand die Lieferung von etwa 80 Kampfhubschraubern, die Entsendung einiger hundert Militärberater und die Hilfe beim Aufbau so genannter Antidrogen-Bataillone.

Der Plan Colombia ist international auf große Kritik gestoßen. Schließlich sieht er vor, Kokapflanzungen großflächig mit Herbiziden zu besprühen und dadurch schwere gesundheitliche Schäden bei der betroffenen Bevölkerung und in der Natur hervorzurufen. So gab sich beispielsweise die Europäischen Union zurückhaltend, als es galt, sich an dem Plan zu beteiligen. Man wolle Lösungen auf dem Verhandlungs- und Vereinbarungswege, der Agrarreform und Ersatzkulturen den Vorzug geben, heißt es in einem Beschluss des Europäischen Parlaments. Hilfsfelder aus Übersee sollten folglich in Entwicklungsprojekte fließen.

In Washington ließ man sich jedoch nicht beeindrucken. Dem frisch gewählten Alvaro Uribe genehmigte die Regierung Bush letztes Jahr, was Kritiker schon immer für das Ziel des Plan Colombia hielten: dass das gelieferte Kriegsmaterial auch gegen die Guerilla eingesetzt werden dürfe. Im Rahmen des Antiterrorkampfes versprach die US-Regierung dann, 440 Millionen Dollar locker zu machen, und im Februar schickte man 150 Angehörige von Armee-Eliteeinheiten, um die kolumbianischen Militärs bei der Suche der entführten Männer zu unterstützen. Zwar dürfen sich die insge-

samt rund 400 nordamerikanischen Helfer in Kolumbien nicht an Kampfhandlungen beteiligen, doch sie halten ihren Armeekollegen durch logistische Einsätze den Rücken frei. Zudem leisten mindestens acht Privatunternehmen Aufklärungsarbeit im Auftrag der US-Armee.

## US-Hilfe für den kolumbianischen Anti-Terror-Kampf

Auch rund um den Andenstaat verfügen die US-Amerikaner über militärische Dependancen. So etwa über den Militärstützpunkt Manta in Ecuador. Gerade das an Ecuador angrenzende Putomayo spielt eine zentrale Rolle im Plan Colombia. Die Region ist ein wichtiges Kokaanbaugelände, die FARC hat eine große Bedeutung, und nicht zuletzt lagern dort große Erdölvorkommen.

Kolumbien steht in den USA auf Platz 7 der Lieferanten des schwarzen Goldes, die Förderung hat in den letzten zehn Jahren um 78 Prozent zugenommen. Einige US-amerikanische und britische Ölmultis haben dort ihre Bohrtürme stehen. Erst im Januar hat das Pentagon rund 100 Soldaten in das Departamento Arauca geschickt. Die Armeeinghörigen sollen ihre kolumbianischen Kollegen trainieren, um eine Ölpipeline der kalifornischen Occidental Petroleum gegen Guerilla-Angriffe zu schützen.

Doch nicht nur die Erdölvorkommen machen das Land interessant. Die Regenwälder beherbergen eine umfangreiche pflanzliche Vielfalt, und damit Rohstoffe, auf die Pharmaunternehmen ein Auge geworfen haben. Mit der Patentierung der Gen-Codes dieser Pflanzen lässt sich bare Münze machen. Wie auch die mittelamerikanischen Staaten spielt Kolumbien weltweit eine zentrale Rolle in der Bioprospektion, der Erfassung der Biodiversität.

Noch etwas hat der Staat mit seinen nördlichen Nachbarn gemein: Kolumbien liegt zwischen dem Pazifik und dem Atlantik und könnte damit eine der Alternativen stellen, um den latent überfüllten Panama-Kanal zu entlasten. An diesem zweiten Weg sind besonders US-amerikanische Unternehmer interessiert, um den Warenfluss aus der industrialisierten Ostküste der Vereinigten Staaten auf die neuen Märkte in China und Südostasien zu gewährleisten. Solche Transportwege sind aber nicht zu realisieren, so lange Guerillagruppen große Gebiete unter ihrer Kontrolle haben.

Außergewöhnliche politische Bedeutung für die USA bekommt Kolumbien durch Entwicklungen in den Anrainernstaaten. Ob in Brasilien, Ecuador, Bolivien oder Venezuela, überall haben die USA ihre hegemoniale Stellung verloren. In Brasilien und Ecuador sind mit Inacio "Lula" da Silva und Lucio Gutierrez zwei Präsidenten an die Macht gekommen, die sich nur aufgrund der Unterstützung der starken sozialen beziehungsweise indigenen

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-Stadt.

Bewegungen durchsetzen konnten. In Bolivien ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich der Kokabauern-Aktivist Evo Morales gegen die fragile Regierung durchsetzen wird. Und Venezuelas linksnationalistischer Staatschef Hugo Chávez konnte sich trotz massiver Angriffe der Opposition erfolgreich an der Macht halten.

Ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie können sich nicht vorbehaltlos den US-Interessen unterordnen. Auch wenn sich "Lula" und Gutierrez nicht gegen das geplante Gesamtamerikanischen Frei-

handelsabkommen (FTAA) ausgesprochen haben, werden sie dem für die USA handelspolitisch wichtigsten Vorhaben nicht folgenlos zustimmen können. Für Chávez ist das FTAA ohnehin ein "imperialistisches Projekt", das den Ausverkauf nationaler Interessen mit sich bringe.

Die kolumbianische Regierung steht dagegen treu zu den FTAA-Plänen und wird dadurch zum geopolitisch wichtigsten US-Partner der Region. Dabei lehnen auch viele Kolumbianer das Abkommen ab, das den Kontinent von Alaska bis Feuerland bis zum Jahr

2005 in eine Freihandelszone verwandeln soll. Schließlich hat die Liberalisierung der kolumbianischen Wirtschaft zahlreiche Bauern in den Ruin getrieben. Mit den subventionierten Produkten der internationalen Konkurrenz konnten sie nicht mithalten. Heute bauen viele von ihnen an, was weiterhin einen guten Weltmarktpreis verspricht: Kokablätter und Schlafmohn.

Wolf-Dieter Vogel

## Krieg in Kolumbien

Seit über 40 Jahren ist Krieg Alltag in Kolumbien. Er forderte Tausende Opfer - längst haben auch die Guerillas, die für die "Befreiung" zur Waffe griffen, an Sympathien an der Basis eingebüßt. Mit dabei auch die USA: Sie setzen sich nach dem 11. September noch stärker für den Erhalt der "demokratischen" Verhältnisse in Kolumbien ein. Nicht ohne Grund, denn die US-Interessen im lateinamerikanischen Land sind vielschichtig.

### GUERRILLA

# Patt zwischen Militär und Guerilla

**Kolumbiens Regierung will die Guerilla international isolieren. Die Vielzahl der Akteure des bewaffneten Konflikts erschwert den Dialog.**

"Was ist wichtiger, mit terroristischen Gruppen diskutieren oder die dringenden Probleme des Landes lösen?" Die rhetorische Frage des kolumbianischen Präsidenten Alvaro Uribe lässt keinen Zweifel über seine politischen Prioritäten. Das Versprechen, den Dialog zu beenden und mit harter Hand gegen die Guerilla vorzugehen, bescherte dem 49-jährigen Rechtsanwalt Uribe vergangenes Jahr einen klaren Wahlsieg. "Es gibt jetzt Wichtigeres zu tun, als über die FARC zu debattieren," beharrt Uribe.

Die Äußerungen sind die Reaktion des Präsidenten auf die jüngste Erklärung der größten Guerillagruppe des südamerikanischen Landes, der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, FARC. Sie bestreitet, das Attentat auf den High-Society-Club "El Nogal" in der Hauptstadt Bogotá begangen zu haben. Die Explosion einer Autobombe in der Garage des Clubs hatte Anfang Februar 36 Menschen getötet und über 170 verletzt. Die FARC-Erklärung vom 11. März macht ihrerseits den "Staatsterrorismus" für die Gewalttat verantwortlich. Am gleichen Tag veröffentlichte auch die kleinere Guerillaorganisation ELN (Nationales Befreiungsheer) ein Kommuniqué, in dem sie sich von einem Anschlag auf ein Einkaufszentrum im Osten des Landes, bei dem fünf Menschen getötet wurden, distanziert.

Die Frage der Urhebererschaft der Terrorakte ist für Uribe von zentraler Bedeutung. Nach dem verheerenden Anschlag auf den Club "El Nogal" startete der Präsident eine diplomatische Offensive, um die FARC international zu ächten. Die Nachbarländer sollten die FARC offiziell als Terrorgruppe verurteilen und ihre Mitglieder und vermeintlichen Unterstützer verfolgen. Doch der Versuch, der Guerilla alle Schuld für die Gewalt in Kolumbien in die Schuhe zu schieben und die Regierung samt Militär und Paramilitärs reinzuwaschen, blieb auf halbem Weg stecken.

Zwar ist die internationale Presse dazu übergegangen, die FARC zumeist als "terroristisch" zu bezeichnen, und auch US-Präsident Bush ist mit Uribe einer Meinung. Doch von den Nachbarländern folgte nur das kleine Panama dem Wunsch Bogotás die FARC zu verurteilen, während Brasilien, Venezuela und Ecuador dies mit dem Argument ablehnten, es würde auf lange Sicht eine Verhandlungslösung ausschließen.

### Zwei Millionen Binnenflüchtlinge

Von Dialog redet derzeit in Kolumbien allerdings niemand, die Zeichen stehen auf Krieg. Ein interner Krieg, der mit schwankender Intensität schon über 40 Jahre währt

und Zigtausende Opfer zumeist unter der Zivilbevölkerung forderte. Als Folge des bewaffneten Konflikts und der prekären sozialen Lage der Mehrheit der Kolumbianer durchlebt das Land eine humanitäre Tragödie: Rund zwei Millionen Menschen wurden von ihrem Land oder aus ihren Häusern vertrieben und fristen ihr Dasein als Binnenflüchtlinge. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei knapp 20 Prozent. Hinzu kommt die Unterbeschäftigung, die auf 40 Prozent geschätzt wird - unterbeschäftigt bedeutet in Kolumbien, dass das Einkommen nicht ausreicht, das Überleben der Familie zu gewährleisten.

Die Akteure des bewaffneten Konflikts in Kolumbien sind vielfältig und widersprüchlich. Die jeweilige Regierung und die traditionellen politischen Parteien sehen sich als Garanten der Verfassungsordnung, die das Gewaltmonopol des Staates verteidigen. Zugleich führen sie hinter den Kulissen erbitterte Kämpfe um ihren jeweiligen Anteil an den Machtpfründen und den Reichtümern des Landes. Der Politik unterstellt

ist das Militär, das allerdings angesichts seiner enormen Bedeutung in einem Kriegsländ längst ein Eigenleben führt und nach Gutdünken die Auseinandersetzungen eskalieren lassen kann. Von zentraler Bedeutung sind inzwischen die Paramilitärs, rechte Todesschwadronen, die vor allem dort aktiv werden, wo die Guerilla breite Unterstützung genießt. Zumeist gehen die sogenannten Paras direkt gegen Zivilisten vor, Menschenrechtsorganisationen machen sie für den größten Teil der Massaker und für gezielte Morde an politischen Aktivisten verantwortlich. Die im Dachverband AUC zusammengeschlossenen Paras haben zugleich enge Verbindungen zu Militärs und führenden Politikern - auch Präsident Uribe wird nachgesagt, in den 90-er Jahren am Aufbau dieser Terrorgruppen beteiligt gewesen zu sein. Auch wenn die Regierung immer wieder behauptet, gegen die Paramilitärs vorzugehen, lehnen Kritiker es ab, sie als unabhängige dritte Kraft des Konflikts zu betrachten.

Die Guerilla, die älteste und auch größte Lateinamerikas,

ist bis heute eine traditionelle, eher marxistisch ausgerichtete bewaffnete Befreiungsbewegung. Dies trifft vor allem auf die größere FARC, aber auch auf die kleinere ELN zu, die beiden wichtigsten Gruppen, die in verschiedenen Landesteilen agieren und mal kooperieren oder sich auch mal erbittert anfeinden. Ihre Stärke macht ihre Basis aus - weite Landesteile abseits der großen Städte sind unter ihrer Kontrolle. Ihre Ziele, die bei den verschiedenen Dialogversuchen neben der Machtfrage immer im Mittelpunkt standen, umfassen einen sozialen Umbau der kolumbianischen Gesellschaft und die Ablösung des derzeitigen Wirtschaftsmodells.

Durch ihr Vorgehen hat die Guerilla allerdings viele Sympathien eingebüßt. Brutale Geiselnahmen, Attentate auf Brücken oder Ölpipelines und das dogmatische Beharren auf einem revolutionären Kampf haben insbesondere in den städtischen Zentren dazu geführt, dass Basisbewegungen und Menschenrechtsgruppen - die trotz aller Re-

Fotsetzung Seite 6

Andreas Behn ist freier Journalist, zurzeit in Rio de Janeiro.



Drugs for food. Kokabauer in Kolumbien.

Fotsetzung von Seite 5

pression in Kolumbien nach wie vor aktiv sind - der Guerilla den Rücken kehrten.

### Alle sind verdächtig

Militärisch herrscht zwischen Guerilla und dem Militär eine Pattsituation. Erst seitdem die USA im Jahr 2000 im Rahmen des Plan Colombia, der offiziell dem Kampf gegen Drogenhandel dienen soll, ihre Militärhilfe an Kolumbien drastisch erhöhten, geriet die Guerilla etwas in die Defensive. Zumal US-Präsident George Bush die FARC inzwischen in seinen Anti-Terror-Feldzug eingeschlossen hat - immer mehr Geld und Militärberater aus Washington werden im Kampf gegen die "Terrororganisation" FARC eingesetzt. Nachdem es der FARC im Februar gelang, US-Militärs in ihre Gewalt zu bringen, stieg die Zahl der Soldaten aus den USA in Kolumbien offiziell auf über 400, dem Limit, das der US-Kongress einst festgelegt hatte. Präsident Alvaro Uribe kann frohlocken: Schon im Wahlkampf hatte er offen eine militärische Intervention von außen befürwortet, als

"Hilfe der internationalen Gemeinschaft gegen den Terror in unserem Land".

Nicht nur die Kompromisslosigkeit der Regierung macht eine Beendigung des Konflikts mittels Verhandlungen so schwierig. Mit Blick auf die Geschichte wird sich die Guerilla kaum auf eine politische Lösung, d.h. Niederlegung der Waffen und Teilnahme an Wahlen einlassen. Dies versuchte bereits die Linkspartei Patriotische Union im Jahr 1985 nach erfolgreichen Friedensverhandlungen zwischen Guerilla und Regierung. Die Folgen waren verheerend: Innerhalb kurzer Zeit wurden 4.000 Parteimitglieder, unter ihnen zwei Präsidentschaftskandidaten, ermordet.

Dies ist einer der Gründe, warum der Dialogversuch von Uribes Vorgänger, Ex-Präsident Andres Pastrana, scheiterte: Die FARC beharrte darauf, erst zu verhandeln und danach über einen Waffenstillstand zu reden, eine Bedingung, die die Hardliner in Regierung und Militär nicht akzeptierten.

Vor gut einem Jahr, im Februar 2002, brachen Regierung und Guerilla die Friedensverhandlungen endgültig ab. Seit-

dem eskaliert die militärische Auseinandersetzung, zuerst durch die Rückeroberung der entmilitarisierten Zone, die Pastrana der FARC zur Durchführung der Verhandlungen überlassen hatte. Es kommt zu heftigen militärischen Zusammenstößen, und die FARC setzt auf spektakuläre Aktionen. Während der Amtseinführung von Uribe am 7. August letzten Jahres beschoss sie den Regierungspalast mit Granaten, vor militärischen Einrichtungen explodierten immer wieder Autobomben, wobei stets auch Zivilisten ums Leben kamen.

Das Attentat auf den Nobelclub "El Nogal" könnte eine weitere Eskalation seitens der FARC sein, viele trauen ihr die Urheberschaft dieses Verbrechens zu, das kaum noch etwas mit den Kriegsmitteln einer bewaffneten Befreiungsbewegung zu tun hat. Allerdings gibt es bisher keinerlei Beweise für diese These, die die Regierung Uribe bereits zur Tatsache erklärt hat. Dem einzigen ermittelten Verdächtigen konnte keinerlei Verbindung zur Guerilla nachgewiesen werden.

Inzwischen ließ sogar die Polizei durchblicken, dass es

durchaus möglich sei, dass die Drogenkartelle hinter dem Attentat stecken könnten. Motiv: Die Auslieferung einiger Drogenbosse an die USA. "Es ist absolut sicher, dass die FARC hinter dem Anschlag stecken", beharrt jedoch Vizepräsident Francisco Santos, nachdem das Dementi seitens der Guerilla die offizielle Version in Frage stellt. Die Opposition widerspricht dem Vize: "Es gibt keine konkreten Anhaltspunkte für die Täterschaft der FARC," so der Senator und ehemalige Guerillero Antonio Navarro. Der ehemalige Gewerkschafter und Ex-Präsidentschaftskandidat des Linksbündnisses Polo Democrático ergänzt: Der Fall müsse dringend aufgeklärt werden, denn "wenn es die FARC nicht waren, dann sind alle verdächtig".

Andreas Behn



Auch eine Guerillera braucht mal ne Pause.

## POLITISCHE LAGE

# Ein Herz für Paras

**Präsident Alvaro Uribe ist noch kein Jahr im Amt. Die Bilanz seiner Politik ist bislang alles andere als positiv. Einzig das Versprechen der Annäherung an die Paramilitärs wurde eingehalten.**

Raul Zelik ist freier Journalist und lebt zurzeit in Caracas.

Die Qual nach der Wahl: Sieben Monate nach dem Amtsantritt von Präsident Alvaro Uribe dürfte mittlerweile auch bei einem Großteil jener mittelständischen Wähler, die im vergangenen Frühsommer noch begeistert ihre Stimme für den stramm rechten Uribe abgegeben haben, Zweifel aufkommen. Ganz im Gegensatz zu Uribes sicherheitspolitischen Versprechen während des Wahlkampfes ist der Krieg weiter eskaliert. Immer häufiger erschüttern Bombenanschläge die Großstädte, und von der angekündigten Schwächung der Guerillabewegungen ist auch nichts zu bemerken. In den so

genannten "Rehabilitationszonen", dem Militärkommando unterstellten Gebieten in den Departements Bolívar, Sucre und Arauca, hat die Armee trotz weitgehender Sondervollmachten und massiver Unterstützung durch US-Militärberater die Situation nach wie vor nicht unter Kontrolle. Im Süden des Landes, der nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Pastrana und der FARC-Guerilla erst im Februar 2002 Ziel einer Großoffensive der Armee wurde, üben die Rebellen nach wie vor unangefochten die politische und militärische Kontrolle aus. So ist es mehreren

Tausend Elitesoldaten nicht gelungen, jene drei US-Söldner zu befreien, die die FARC vor einigen Wochen im Departement Caquetá gefangen genommen haben. Die US-Amerikaner überwachten im Dienst des Pentagon Funkkommunikation und Bewegungen der Guerilla aus der Luft.

### Mit harter Hand für den Sozialabbau

Doch am spürbarsten für die Bevölkerungsmehrheit dürfte wohl die weiterhin miserable wirtschaftliche Lage sein. Uribe, der sich im Wahlkampf unter dem Motto "Großes Herz, harte Hand" als sozialpolitisch engagiert gegeben hatte, hat den Arbeits- und Kündigungsschutz weiter beschnitten und neue Kriegssteuern beschlossen. Damit bleibt als einziges eingehaltenes Versprechen: die von den Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierte Annäherung der Regierung an die Paramilitärs. Vermittelt durch die erzkonservative Kirchenhierarchie Kolumbiens führen die des Drogenhandels und mehrerer Tausend politischer Morde jährlich beschuldigten Todesschwadronen seit Ende vergangenen Jahres mit der Uribe-Regierung offizielle Gespräche über die Eingliederung von schätzungsweise 15.000 Paramilitärs. Oppositionsgruppen beklagen, dass diese Kämpfer in vielen Regionen bereits als "Bauernsoldaten" in den Staatsdienst übernommen worden sind.

Verwunderlich ist das alles nicht. Präsident Uribe gehört zum rechtesten Flügel der kolumbianischen Oligarchie. Seit Vater war eng mit der Drogenhändlerfamilie Ochoa verbunden, die Anfang der 80er Jahre eine Schlüsselrolle beim Aufbau von Todesschwadronen spielte. 1986 stellte der heutige Präsident während ei-

nes Landkonflikts in der Region Remedios-Antioquia erst der Armee, dann Paramilitärs Ländereien für einen Stützpunkt zur Verfügung, von dem aus ein Jahr später ein Massaker an Kleinbauern verübt wurde. Anfang der 90er Jahre tat sich Uribe als einer der wichtigsten Förderer der Reform des Arbeitsrechts hervor, die zu einer explosionsartigen Ausbreitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen und einem wahren Gewerkschaftsterben führte. Die Arbeitnehmerorganisationen verloren durch die Reform an die 100.000 Mitglieder, etwa 12 Prozent ihrer Gesamtstärke. Und als Gouverneur von Antioquia Mitte der 90er Jahre galt Uribes Hauptaugenmerk schließlich dem Aufbau sogenannter Convivirgruppen. Diese privaten Sicherheitsdienste agierten legal und beschleunigten die Ausbreitung der Todesschwadronen in Kolumbien.

Doch die kolumbianische Bevölkerung wollte von diesen Dingen bei der Wahl im vergangenen Jahr nichts wissen - immerhin gaben 25 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme für den rechten Kandidaten ab. Das hat nicht nur mit politischer Ignoranz zu tun. Uribe konnte und kann auf jene Kräfte zählen, die man als eigentliche Machtzentren des Landes bezeichnen kann: der Viehzüchterverband, die größten Industriegruppen und die im Land tätigen US-Behörden. So treten die wesentlich vom Großgrundbesitz getragenen Paramilitärs in ihren Einflussgebieten offen für Uribe ein und haben oppositionelle Meinungsäußerungen schlichtweg unter Todesstrafe gestellt. Die von einem halben Dutzend Unternehmen kontrollierten Medien haben ebenfalls für Uribe Wahlkampf gemacht und halten

sich mit Kritik heute auffallend zurück. Und die US-Administration lässt dem Präsidenten die größte Militärhilfe in der lateinamerikanischen Geschichte zukommen.

### Beschränkter Aktionsradius der Linken

Die städtische Opposition Kolumbiens tut sich in Anbetracht dieser Situation schwer. Zwar hat sich mit der Sozialen und Politischen Front (FSP), einem überwiegend von Gewerkschaftern getragenen Bündnis, im vergangenen Jahr erstmals seit langem wieder eine politische Oppositionskraft gebildet, deren Präsidentschaftskandidat, der Erdölgewerkschafter Lucho Garzón, auch in den bürgerlichen Medien Anerkennung fand. Doch der Aktionsradius der legalen Linken ist beschränkt. Auch hinsichtlich der Medienpräsenz ist die Lage katastrophal. Abgesehen von den 14tägig erscheinenden Zeitungen "Desde Abajo" und "La Voz" gibt es kein funktionierendes alternatives Medium im Land. Die einst so renommierte Tageszeitung "El Espectador" ist von einer der beiden großen Industriegruppen gekauft worden und erscheint nur noch wöchentlich. Das von Uribe geplante Referendum über eine politische Reform des Landes wird von der Linken als ein weiterer Schritt zur Machtkonzentration in den Händen der Eliten bezeichnet. Die Gegenkampagne kann jedoch nur in geschlossenen Räumen und einigen wenigen Großstädten stattfinden, weil die Gegner des Referendums mit Anschlägen rechnen müssen.

Raul Zelik



Zukunft ungewiss: über die Hälfte der KolumbianerInnen verdienen nicht genug, um sich und ihre Familie zu ernähren.